

- □□ **Bodenloses Wachstum in Deutschland**

[...] Das BIP pro Arbeitsstunde ist um beachtliche 2,3 Prozent gestiegen. Der durchschnittliche reale Stundenlohn hingegen ist um 0,7 Prozent gesunken. Der deutsche Arbeitnehmer produziert somit zwar pro Stunde 2,1 Prozent mehr, musste aber einen realen Rückgang des Stundenlohnes um 0,7 Prozent hinnehmen. Diese beiden Zahlen spiegeln das aktuelle Kräfteverhältnis auf dem deutschen Arbeitsmarkt wider. Die Differenz kann langfristig nur durch (im aktuellen Fall um 2,8 BIP-Prozent) steigende Exportüberschüsse aufgefangen werden. [...]

Die Märkte haben auf die negativen Meldungen aus Wiesbaden nicht oder gar positiv reagiert. Das bedeutet, dass sie das realwirtschaftliche Einmaleins der Euro-Krise bis heute nicht begriffen haben: Solange Deutschland Leistungsbilanzüberschüsse (gegenüber den Euroländern) erzielt, können die übrigen Euroländer ihre Schulden nicht abbauen. Wenn Deutschlands Überschüsse sogar noch steigen, wird eine Rückzahlung der Schulden vollends illusorisch.

Der ganze Artikel auf [der Freitag: Deutsche Überschüsse: Die Schulden der anderen](#)

- **□ Auf Pump finanzierte Arbeit**

[...] der Bund hat im vergangenen Jahr 1,6 Mrd. Euro für Lohnzuschüsse an Geringverdiener ausgegeben. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion hervor. Seit 2005 sind die Ausgaben für sogenannte Aufstocker damit um

400% gestiegen. Aber: Parallel stieg die Anzahl derjenigen, deren Jobs durch Lohnkosten-Zuschüsse gefördert werden und die zugleich „[Aufstocker](#)“ sind (also auch Leistungen nach SGB II beziehen) von 22,9 % auf 27,6 % an. [...]

Der ganze Artikel auf [bild.de: Mehr Psycho-Tests für Hartz-IV-Empfänger](#)

- □ □ **Grundeinkommen statt**

Existenzangst

Am 06.06.2011 wird anlässlich des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und des Antrags der Fraktion DIE LINKE eine öffentliche Anhörung zum Thema Sanktionen bzw. Leistungseinschränkungen bei den Grundsicherungen (Hartz IV=SGB II, SGB XII) im Ausschuss für Arbeit und Soziales des Deutschen Bundestages durchgeführt ([siehe ausführlicher Bericht dazu](#)). Das Netzwerk Grundeinkommen ruft im Zusammenhang mit dieser Anhörung zur Kampagne „Weg mit dem offenen Strafvollzug Hartz IV – Für ein

Grundeinkommen für alle!“ auf:

Der ganze Beitrag auf [Netzwerk
Grundeinkommen: “Weg mit dem
offenen Strafvollzug Hartz IV – Für ein
Grundeinkommen für alle!”](#)

- □ □ **Bund soll nicht mehr für "behinderte" Menschen zahlen**

[...] Der Bereich Behindertenwerkstätten könnte zwar auch mehr Geld brauchen, aber er ist weitgehend in Ordnung. Das kann Ursula von der Leyen in ihrem maßlosen Hass auf die Schwachen in der Gesellschaft natürlich nicht so lassen. Sie will und muss überall dort wo sie kann soziale Strukturen zerstören und

vor allem Geld wegnehmen. [...]
Künftig sollen die Arbeitslosen- und Rentenversicherung als Träger der Rehabilitation anstelle des Bundes die Rentenbeiträge der Behinderten in Werkstätten übernehmen. [...]

Ursula von der Leyen will aber keine Solidarität aller. Zwar müssen alle mit den Bankstern solidarisch sein und müssen dafür bezahlen wenn die Kanzlerin dem Ackermann die Geburtstagsparty schmeißt. Aber für die Behinderten sollen nur die arbeitenden

Menschen in den gesetzlichen Versicherungen aufkommen. Da befreit sie mal eben mit einem Federstrich das Großkapital und die Besserverdienenden, die Abzocker und Betrüger und belastet die, die schon um gerechte Löhne betrogen werden und mit immer weniger Geld auskommen müssten. [...]

Der gesamte Artikel auf [duckhome: Die neueste Gemeinschaft der Ursula von der Leyen](#)

- □□ **Rassistische Propaganda in der SZ**

[...] Noch klingen die Worte von Bundeskanzlerin Merkel im Ohr. „Es geht auch darum, dass man in Ländern wie Griechenland, Spanien, Portugal nicht früher in Rente gehen kann als in Deutschland, sondern dass alle sich auch ein wenig

gleich anstrengen.“ Sie hatte damit ein Junktim zwischen Arbeitsmoral der Bevölkerung und der Haushaltslage deren Länder nahe gelegt. Und da letztere nicht gut ist, so der Subtext, könne erstere nicht besser sein. [...] Die Süddeutsche Zeitung kennt online bereits die Antwort: „Bei Mama ist es am schönsten“ [...]

Die Dreistigkeit, mit der darin Feststellungen des italienischen Statistikinstituts ISTAT kolportiert werden, hat das Maß des Erträglichen endgültig überschritten. [...] Und zu der Frage, warum derart viele Jugendliche noch bei ihren Eltern wohnen, kommt eine eher unerwartete Antwort: Rund 80% aller Italiener haben Quartier in ihren eigenen vier Wänden, ein Spitzenwert in Europa.

Damit ist es kein Umstand der Bequemlichkeit, sondern der sinnvollen Nutzung von Wohnraum, dass mehrere Generationen unter dem gleichen Dach wohnen.

Der ganze Artikel auf [der Freitag: „Die arbeitsscheue italienische Jugend“](#)

- ☐☐ **Die nächste Atompanne**

Gerade hatte Greenpeace Isar 1 als den unsichersten Reaktor in Deutschland bewertet, trat prompt wieder eine Panne ein und musste er manuell

abgeschaltet werden. [...]
Für diejenigen, die eine
völlige und endgültige
Abschaltung von Isar 1
fordern, dürfte der neue
Vorfall ihre Haltung
bestärken. Am
Wochenende finden
zudem wieder Anti-Atom-
Demonstrationen in ganz
Deutschland und auch in
Landshut statt.

Der ganze Artikel auf [Telepolis: Noch eine Panne beim AKW Isar 1](#)

- □ □

Polizeigewerkschaft warnt vor Rückzieher aus Atomausstieg

Die Deutsche Polizeigewerkschaft hat Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in der Debatte über die weitere Nutzung der

Atomenergie vor einem
Rückzieher gewarnt und
mit drastischen
Konsequenzen gedroht.
"Wenn Frau Merkel
glaubt, sie kann die
abgeschalteten
Kernkraftwerke einfach
wieder einschalten
lassen und einfach 110
anrufen, wenn es
Protest gibt, ist sie bei

uns falsch verbunden",
sagte Verbandschef
Rainer Wendt
Handelsblatt Online.

Nach der Katastrophe in
Japan habe sich die
politische Stimmung in
Deutschland, auch unter
Mitwirkung der
Bundesregierung, in
Richtung rascher

Ausstieg aus der
Atomkraft gewendet.
"Schon aus diesem
Grund wäre ein
Protest-Tsunami zu
erwarten, wenn die
Bundesregierung jetzt
wieder eine Wende
vollzieht", sagte Wendt.
"Die Polizei stünde
wieder einmal zwischen
den Fronten falscher

Politik und dem
berechtigten Zorn der
Menschen."

Der ganze Artikel auf [Handelsblatt Online: Polizei droht Merkel mit „Protest-Tsunami“](#)

- □ □ Sadistische

Dilletanten im

Kanzlerbunker

- □ □ **Der Propagandakrieg der USA**

[...] Eine speziell im
Auftrag des
Pentagons

entwickelte Software
ermöglicht das
Erstellen zahlreicher
„Fake-Accounts“,
also real nicht
existierender
Identitäten, die von
einer Person bedient
werden können und
sich nicht auf diese

zurückverfolgen
lassen. Mittels dieser
virtuell geschaffenen
zahlenmäßigen
Überlegenheit soll in
Online-Diskussionen
ein
pro-amerikanischer
Konsens geschaffen,
widersprechende

Ansichten
marginalisiert und
somit demokratische
Mehrheiten künstlich
produziert werden.

Bereits 5.000

Aktivisten wurden
von der
US-Regierung in
verschiedenen
Teilen der Welt
technisch
unterwiesen. Anfang
März 2011 fand eine
Sitzung mit
Teilnehmern aus

Tunesien, Ägypten,
Libanon und Syrien
statt. „Sie gehen
zurück und es gibt
einen Welleneffekt“,
so Michael Posner,
Mitarbeiter des
US-Außenministeriu
ms. Wie von
Geisterhand

eskalierten kurz
darauf die Proteste
in Syrien. [...]

Der ganze Artikel auf
[Hintergrund: Der](#)

e-G8-Gipfel in Paris: Sarkozy heuchelt wieder

- □ □ **China**
droht USA

Harsche Worte
fanden chinesische

Diplomaten für ihre
amerikanischen
Gesprächspartner:
Sollte Amerika
jemals auf die Idee
kommen, Pakistan
anzugreifen und
Truppen in das
Land zu entsenden,

würde Peking das
als Angriff auf
China werten und
entsprechend
reagieren. Diese
unverhüllte
Drohung sollen
chinesische
Unterhändler

bereits am 9. Mai,
eine Woche nach
der Tötung von
Osama Bin Laden
im pakistanischen
Abbottabad, in
Washington bei
einem
US-chinesischen

Treffen zu
strategischen und
wirtschaftlichen
Fragen
ausgesprochen
haben. [...]

Die
Solidaritätsbekundungen aus China
kommen da nach
dem Tod Bin
Ladens gerade
recht: Pakistan
steht blamiert da,
seit Tagen heißt es

selbst in den
einheimischen
Zeitungen, die
Regierung,
zumindest aber
Armee und
Geheimdienst
seien entweder
Komplizen Bin

Ladens gewesen
oder komplett
unfähig. [...] In den
USA sorgten diese
Äußerungen für
Irritationen,
mehrere
US-Politiker
forderten, die

finanziellen Hilfen
für Pakistan - auf
zivilem, vor allem
aber auf
militärischem
Gebiet - zu
streichen. [...]

Der ganze Artikel
auf SpiegelOnline:
China warnt USA
vor Angriff auf
Pakistan

- □ □ Terror
und westliche

Hegemonie

{jcomments on}